



DAS GRÜNE BLATT

INFORMATIONEN DES KREISVERBANDES FREISING

In dieser Ausgabe:

Soziale Situation im Landkreis	1
Expertengespräch	1
Jugendsozialarbeit	2
Termine	2
Atom-Skandal Hallbergmoos	3
Notiz der Grünen Jugend	3
Kreisversammlung	4
Neoliberalismus	4

Hallo,
wieder einmal gibt es ein GRÜNES BLATT. Es soll ein Kommunikationsorgan in unserem Kreisverband sein, Berichte, Widersprüche, Hinweise, Beiträge sind äußerst willkommen. Wir streben zur Zeit ein vierteljähriges Erscheinen an, deswegen können wir nicht total aktuell sein.

Diese Ausgabe beschäftigt sich mit unserem Schwerpunkt „Soziale Situation“. Bei diesem Thema wollen wir nicht locker lassen, sondern weiter am Ball bleiben. Deswegen findet am 26.10.2010 ein Expertengespräch im Carie Melange des Projekts Etappe statt. Neben M. Beierl vom Projekt Etappe nehmen Martin Reiter, Kreishandwerksmeister und Max Breu (Kreisrat) an der Diskussion unter der Moderation von Kreisrat Johannes Becher teil.

Zur Zeit bewegen sich die GRÜNEN auf einer Welle des Erfolgs, wenn man sich die aktuellen Umfragen anschaut. Man darf sich davon aber nicht blenden lassen: Abgerechnet wird am Wahltag oder besser an den Wahltagen und die sind noch eine Weile entfernt. Bis dahin kommt es darauf an - hier wie überall - mit großer Geschlossenheit die GRÜNE Sache voranzutreiben.

Ich möchte mich im Namen des Vorstands ganz herzlich bei Bert Brosch bedanken, der dieses Grüne Blatt gestaltet hat und sich bereit erklärt hat, dies weiterhin zu tun.

Klaus-Dieter Walter
Kreisvorstand

Die soziale Situation im Landkreis

Kreisverband und Kreistagsfraktion haben sich als Schwerpunkt für 2010 die soziale Situation im Landkreis vorgenommen. Auftaktveranstaltung war am 10. Juni in Freising mit dem Kreisgeschäftsführer der Caritas, Ludwig Mittermeier: Trotz der niedrigen Arbeitslosigkeit im Bundesvergleich und der vergleichsweise hohen durchschnittlichen Kaufkraft ist der Landkreis Freising keine Insel der Seligen. Für die von sozialen Notlagen betroffenen Menschen sei es unerheblich, ob sie in einem vergleichbaren „reichen“ Landkreis wohnen, unter Umständen leiden sie dann unter der Situation noch mehr. Zudem verwies er darauf, dass im gesamten Landkreis, nicht nur in den Städten und größeren Gemeinden, ein zunehmender Bedarf an sozialer Beratung und Betreuung bestehe und zwar über die gesamte Palette der sozialen Bedarfe. Bedenkenswert sei auch die Zunahme der Personen mit psychischen Erkrankungen, insbesondere der jüngeren zwischen 20 und 30 Jahren. Besonders problematisch sind für Mittermeier die Langzeitarbeitslosen. Betroffen sind hier häufig Alleinerziehende oder Personen mit „Vermittlungshemmnissen“. Schnell könne sich ein Kreislauf entwickeln, der Kindern, die in Familien mit Langzeitarbeitslosigkeit hineingeboren werden, von Anfang an Entwicklungschancen nehme. So sieht Mittermeier Kinderarmut nicht nur als materielles Problem,

sondern auch als Mangel an Möglichkeiten der Teilhabe. Gerade an diesem Beispiel zeige sich die Notwendigkeit einer Verknüpfung von Bildungs- und Sozialpolitik und einer frühzeitigen Förderung von Kindern. Mittermeier erklärte, dass eine ausreichende Zahl an stationären Pflegeplätzen im Landkreis vorhanden ist. Auch eine ambulante Versorgung sei flächendeckend vorhanden, allerdings finanziell unterversorgt. Im Landkreis gibt es eine vergleichsweise hohe Quote von jugendlichen Arbeitslosen, die aufgrund des Bildungsstandes kaum in Ausbildungsverhältnisse vermittelt werden können. Der Caritas-Geschäftsführer plädierte für eine weitere Stärkung des Ehrenamtes. Soziale Netzwerke seien ohne ehrenamtliches Engagement nicht tragfähig genug. Für dringend notwendig hält er die Einrichtung einer Stelle für soziale Beratung, die die vorhandenen Fachberatungen ergänzt und Lotsenfunktion einnehmen soll. Folgende Bereiche sollen in der nächsten Zeit bearbeitet werden: Integration von Menschen mit Migrationshintergrund; Prävention im vorschulischen Alter; Förderung bürgerschaftliches Engagement; Förderung Langzeitarbeitslose, Integration in Arbeitsmarkt; Situation jugendlicher Arbeitsloser (Berufsvorbereitungsjahr, andere Maßnahmen); Versorgungsmöglichkeit bei psychischen Erkrankungen schaffen.

Expertengespräch Eching : Auswirkungen psychischer Erkrankungen

Am 13. September stellte im Rahmen eines Expertengesprächs in Eching Bärbel Würdinger von prop e.V. die Arbeit der Suchtberatungsstelle vor. Neben der bisherigen Arbeit mit Prävention, Beratung, Gruppenangeboten für Betroffene und Angehörige gehört auch die Interessenvertretung zum Aufgabenbereich von prop e.V. Zunehmend werde Sucht im Alter zum Problem in der Gesellschaft. Es handle sich hauptsächlich um Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit. Neben älter werdenden Alkoholikern würden auch zunehmend Ältere „neu“ abhängig. Ein großes Problem ist, dass es an Suchtmedizinern im Landkreis fehlt und nur noch ein Arzt Substitution durchführt. Prop führt pro Jahr etwa 800 Beratungen durch.

Carola Neulinger von der Caritas-Beratungsstelle für psychische Gesundheit, wies

darauf hin, dass die betreute Kundschaft immer jünger werde. Außerdem würden immer mehr Medikamente, vor allem Antidepressiva verschrieben. Laut jüngsten Studien könne man davon ausgehen, dass auf 100 Mitarbeiter eine Verrentung aus psychosozialen Gründen komme.

Der Freisinger Bezirksrat Andreas Ammer beklagte die mangelnde finanzielle Ausstattung. Die Probleme und die Zahl der Betroffenen nehme zu, die Finanzierung halte mit dem nicht Schritt. Häufig würden Zuständigkeiten hin und her geschoben. Insbesondere kritisierte er, dass der Landkreis sich nicht mehr in der Lage sieht, die Suchtberatung für unter 18jährige weiter zu finanzieren.

Max Breu: Soziale Lage im Landkreis Freising – arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit

Im Landkreis Freising standen 2009 den 871 Bewerbern für Berufsausbildungsstellen genau 1000 Stellen gegenüber. Da liegt der Schluss nahe, dass es im Landkreis keinen Jugendlichen ohne einen Ausbildungsplatz gibt. Das ist allerdings nicht der Fall.

Neben 453 arbeitslosen Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 25 gibt es auch die, die keinen Ausbildungsplatz finden und bis zur Erfüllung ihrer Schulpflicht in den Jungarbeiterklassen an der Berufsschule unterrichtet werden. Im Schnitt sind es pro Jahr 247 Jugendliche.

Arbeitsweltbezogene Jugendarbeit

Warum gibt es im Landkreis trotz eines Stellenüberschusses so viele Jugendliche ohne Ausbildungsplatz?

Dies war eine der Fragen, die sich eine Arbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses stellte. Das Amt für Jugend und Familie hatte diese Gruppe einberufen um den Teilplan „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ aufzustellen. In der Gruppe befanden sich neben Kreisräten auch Vertreter der Schulen, der Wirtschaft und sozialer Einrichtungen. Die zweite zentrale Frage war, welche An-

gebote es für diese Jugendlichen bereits gibt und wie diese besser koordiniert und vernetzt werden können.

Bei dieser Entwicklung handelt es sich nicht um ein Freisinger Problem, sondern um eine gesamtgesellschaftliche Tendenz. Der Rahmen für diese Problem enthält viele verschiedene Faktoren, zu denen neben persönlichen und familiären Gründen auch gesellschaftliche Faktoren, wie steigende Anforderungen an Jugendliche durch technologischen Wandel und Fortschritt, fehlende Ausbildungsreife und der Rückgang von einfachen Hilfsarbeiterstellen zählen. Die geringe Unterstützung vieler Jugendlicher durch ihre Familie und die desolante Bildungspolitik in Bayern tun ihr Übriges.

Teilhabe in der Arbeitswelt

Die Folge dieses Komplexes sind Jugendliche ohne Ausbildungsplatz und mit erhöhtem Risiko eine „Hartz IV Karriere“ zu starten. Das ist nicht nur für die öffentlichen Kassen beunruhigend, sondern sollte allgemein zu denken geben. Denn diese Jugendlichen fehlt ein zentrales Element in ihrer Entwicklung: Anerkennung im Beruf, Teilhabe an der Arbeitswelt und damit vollwertiges Mit-

glied der Gesellschaft zu werden. Gegen diese Folgen arbeiten verschiedene Initiativen und Einrichtungen. Darunter befinden sich von staatlicher Seite die Arbeitsagentur, in der Wirtschaft sowohl die Bemühungen der Kreishandwerkerschaft sowie die Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi), die Jugendsozialarbeit an Schulen, Bürgerinitiativen wie das Mentoring-Prgramm „Connect4you“. Diese Institutionen fangen einen Großteil der Jugendlichen auf und ermöglichen eine spätere Integration ins Berufsleben.

Facharbeitsgruppe formuliert Probleme

Das Ergebnis der Facharbeitsgruppe war zunächst einmal die konkrete Formulierung des Problems und die Erfassung der Lage im Landkreis Freising (wie bisher dargestellt). Als weiteres Ergebnis soll ein Arbeitskreis an allen Hauptschulen eingerichtet werden, um frühzeitig Jugendliche, die mehr Zeit für die Berufsfindung brauchen und am schwersten zu vermitteln sind, zu erkennen und gezielte Hilfsmöglichkeiten anzubieten.

Termine - Glückwünsche

19.10.2010
OV Freising,
20 Uhr etcetera

26.10.2010
CariMelange, Vimystr. 3,
Freising
Expertengespräch
„Zukunftsperspektiven unserer Jugendlichen“

29.11.2010
Jahreshauptversammlung

Wir gratulieren!

Winfried Held
zum 60.Geburtstag

Winfried - Laze- Held,
geb. Oktober 1950,
seit 05.1982 Mitglied der GRÜNEN,
Mitglied des Kreistages von 1984-2008,
Mitglied Stadtrat Moosburg von
1984 -1991 und 2002 - 2008



Der „Atom-Skandal“ in Hallbergmoos

„Dafür, dass das heute die erste politische Demonstration in Hallbergmoos seit über 15 Jahren war, sind wir eigentlich recht zufrieden“, bilanzierte Gemeinderat Robert Wäger (Die Grünen).

Nach seiner Ansicht wurde dem Gemeinderat in der letzten Sitzung ein Maulkorb verpasst, weil er sich nicht mit dem Thema der Atom-Laufzeitverlängerung beschäftigen durfte. „Die Bürgerschaft muss sich wehren, denn es betrifft uns doch – auch wenn es die Hallbergmooser Verwaltung als einzige im Landkreis anders sieht! Das Atomkraftwerk Isar 1 ist nicht einmal 50 Kilometer entfernt und gehört zu den technisch total veralteten und unsichersten – dass dieses alte Kraftwerk nun ein paar Jahre länger laufen soll, dagegen wehren wir uns“, so Wäger. Aus seiner Sicht müsse man die Bürger auch über die Lüge aufklären, dass regenerative Energie zu teuer sei und nur durch län-

gere Atomkraftwerk-Laufzeiten zu bezahlen. „Zählt man die Milliarden-Subventionen für die Atomenergie zusammen, dann sieht man sehr schnell wie teuer diese Art der Stromerzeugung ist und dass Sonne und Wind uns nicht teurer kommen.“

Rund zwei Dutzend Hallbergmooser (dabei auch Rathaus-Verwaltungschef Herbert Kestler, der die Resolution von Robert im Gemeinderat so vehement abgelehnt hatte!) sahen das genauso und folgten Wägers Aufruf – inklusive „Störfall“. Nach einer Notfall-Sirene sanken alle Beteiligten zu Boden und hinterließen symbolische Atom-Warhinweise am Boden. „Wir sind das Hallbergmooser Volk und wollen sehr wohl mitentscheiden, wenn es um unsere und die Zukunft unserer Kinder geht!“.

<Der nächste Schritt war dann am Samstag, 9. Oktober, die gewaltige Menschenkette in München. Gemeinsam können wir Atom-Merkel stoppen!>



Wie Jugendliche zur Ware werden

Notiz der grünen Jugend

Es liest sich wie ein altbekanntes Hollywood-Stück: Eltern projizieren ihre unerfüllten Wünsche in die Kinder und treiben sie dann gegen deren Willen dazu an in ihre Fußstapfen zu treten. Aber die Jugendlichen haben vielfältige und meist andere Talente.

Leider handelt es sich dabei nicht um einen Film aus der „Traumfabrik“, sondern um das, was das bayerische Bildungssystem mit der Zukunft Bayerns macht. Die Jugendlichen sollen in immer kürzerer Zeit zur Ausbildungs- oder Studienreife gebracht werden. Mehr Stoff in weniger Zeit, höhere Anforderungen an immer jüngere Generationen.

Und wozu der ganze Aufwand?

Sind denn den früheren Generationen nur Hohlköpfe und Tagediebe erwachsen? Hoffentlich ist das nicht der Fall. Aber die Anspruchshaltung hat sich verändert. Die Jugendlichen sollen möglichst schnell die Phase ihrer Bildung hinter sich lassen um der Wirt-

Der Staat übernimmt die Rolle der Hollywoodeltern

schaft zugeführt zu werden. Diese Argumentation hat sich seit den ersten Diskussionen um G8 nicht verändert und spiegelt die traurige Realität wider. Die Jugendlichen müssen früher zu funktionierenden Rädchen in der

Wirtschaft, zu Steuerzahlern und hochqualifizierten Arbeitskräften werden.

Sie werden dadurch zu einer Ware und der Produktionsvorgang nennt sich Bildungssystem. Kein Wunder, dass sich die meisten Jugendlichen beklagen. Die Gymnasiasten über die kaum zu bewältigende Arbeitslast, die Hauptschüler über ihr unzeitgemäßes schlechtes Image und zu guter Letzt die Realschüler, deren Schulen überlaufen sind, weil die Eltern ihren Kindern um jeden Preis die

Bildung muss den Jugendlichen ermöglichen, sich selbst zu bilden!

beiden anderen Schularten ersparen wollen. Handelt es sich bei den Problemen des ersten G8-Jahrgangs im kommenden Jahr wirklich nur um „Übergangsprobleme“, wie es versucht wird zu vermitteln? Die Jugendlichen klagen über wenig Freizeit und hohen Stress, der sogar zu gesundheitlichen Schäden führt. Auch der Altersunterschied macht sich bemerkbar. Während ein Gymnasiast im G9 mit 19 bis 21 Jahren seine Laufbahn abschloss, sind die Absolventen jetzt zwischen 17 und 18 Jahren. Kein Wunder, dass sich viele noch nicht in der Lage sehen fundiert zu entscheiden, welchen weiteren Weg sie in ihrem Leben gehen wollen.

Dass die reale Wirtschaft die Arbeitenden in

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

WAGE DICH DEINES VERSTANDES ZU BEDIENEN

immer höherem Maße verheizt, ist kein Geheimnis: die Zunahme von stressbedingten Rückenleiden, Burnout Syndrom und Depression als Volkskrankheit sprechen neben den daraus folgenden Gewinnen der Pharmaindustrie eine eindeutige Sprache. Kann es das Ziel sein, Jugendliche immer früher ebenfalls in diese Maschinerie einzuspeisen? Bildung muss etwas anderes sein. Sie muss es den Jugendlichen ermöglichen sich selbst mit der Welt und ihren Inhalten zu beschäftigen, sie muss jeden dazu befähigen sich in der Welt zurechtzufinden und sich selbst zu „bilden“. Unser strakter Bildungsbegriff kommt nicht umsonst aus der Aufklärung: „Wage dich deines Verstandes zu bedienen“, lautet der Leitspruch. Aber dazu braucht es auch Zeit und die Möglichkeit sich selbst auszuprobieren und eigene Erfahrungen zu sammeln.

Solange in der Bildungspolitik nicht verstanden wird, dass Bildung nicht vorrangig ein Mittel, sondern ein Selbstzweck ist, bleibt sie der Realität so fern wie Hollywood Filme.

Max Breu: Wie der Neoliberalismus Jugendliche systematisch zu Verlierern macht

„Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied.“ Das ist eine bekannte und gern geglaubte Redewendung. Es handelt sich dabei um eine typisch neoliberale Position. Jeder ist für sich und sein Leben verantwortlich. Es hängt also nur vom Willen des Einzelnen ab, was aus ihm wird.

Glauben wir diesem Dogma, dann sind alle Jugendlichen, die im Landkreis Freising keinen Ausbildungsplatz finden, schlechte Schmiede. Schließlich gibt es mehr Lehrstellen als potentielle Bewerber - trotzdem jährlich 100 bis 200 Jugendliche, die keine Ausbildungsstelle finden und in die JoA (Jugend ohne Ausbildung) Klassen gehen müssen? Der Neoliberalismus hat eine einfache Antwort: diese Jugendlichen sind zu „faul“ und nicht „leistungsbereit“.

Es gibt viele Faktoren, die es Jugendlichen erschweren einen Ausbildungsplatz zu finden und auf die wenigsten kann der Jugendliche Einfluss nehmen, denn es handelt sich um gesellschaftliche Faktoren: Die Familie in der er aufwächst und das Umfeld in dem er groß wird, die stark veränderten Bedingungen der Arbeitswelt und der Bildungsstrukturen. Auf sie hat der Jugendliche keinen Einfluss, sie auf ihn aber einen großen, unvermeidlichen.

Werden diese Faktoren nicht berück-

sichtigt, scheint es ganz am Jugendlichen selbst zu liegen, dass er dort ist, wo er ist: Am unteren Ende der Gesellschaft, im Auffangbecken der gescheiterten Existenzen. Mit diesem Gefühl leben viele der heutigen Hauptschüler bereits während der Schulzeit, also zu der Zeit, die sie eigentlich auf das Leben vorbereiten sollte. Der Begriff der „Restschule“ ist nur ein Anzeichen für diesen Brennpunkt, den die bayerische Bildungspolitik weiterhin ignoriert und sich in ihren PISA-Ergebnissen suhlt.

Gibt es überhaupt einen Ausweg aus dieser verfahrenen Situation? Ja, denn da sich Jugendliche auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben in einer Veränderungsphase befinden, gibt es die Möglichkeit ihnen auf ihrem Weg zu helfen. Wenn die Familie das nicht mehr übernehmen kann, dann muss der Staat einspringen. Zwar wird es mit zunehmendem Alter schwieriger, aber nicht vollkommen aussichtslos. Denn auch Jugendliche wünschen sich, ein anerkannter Teil der Gesellschaft zu werden und hier gut leben zu können.

Die Jugendlichen brauchen dementsprechend Zeit und Hilfestellungen. Leider handelt es sich dabei in Zeiten neoliberaler Budgetideologie um knappe Ressourcen. Besonders der starke Glaube, dass jeder etwas aus sich machen

kann, wenn er nur will, wirkt sich voll aus. Denn warum sollte jemand gefördert werden, wenn er faul sein will?

Nur unter diesem Vorwand konnten sich die Befürworter des Hamburger Bürgerentscheides ihre asoziale Motivation schönreden. Die Kinder sollten nicht länger zusammen lernen, weil die dümmen Kinder die klügeren in ihrem Lernfortschritt behindern. Dass viele der „dümmen“ Kinder nur deswegen „dümmen“ waren, weil sie in eine Restschule abgeschoben sind, wurde nicht berücksichtigt. Schließlich ging es darum soziale Unterschiede durch das Bildungssystem zu perpetuieren. Ein dummes Kind ist ein dummes Kind... und darf auch keine Möglichkeit bekommen klüger zu werden.

Es zeigt sich, dass unser Sprichwort vom Anfang trügerisch ist. Denn es wird ausgeblendet, dass es Voraussetzungen gibt, für die der Jugendliche nicht verantwortlich ist. Diese beeinflussen ihn sehr stark: wie soll er Angebote annehmen, von denen er nichts weiß, wie soll er Arbeitstugenden schätzen lernen, die in seinem Umfeld nicht praktiziert und geachtet werden? Daher sollten wir unser Zitat der Realität anpassen: „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied, dafür müssen ihm aber Hammer und Amboss gegeben werden.“

Kreisversammlung: Leitantrag nicht konkret genug

Delegierte für Landes- und Bundestagung gewählt

Im Zentrum der letzten Kreisversammlung in Freising stand die Landes-Delegiertenkonferenz und der dort beabsichtigte Leitantrag. Wie Klaus-Dieter Walter berichtete, war es recht mühsam, sich durch das von vielen unterschiedlichsten Autoren mit ebensolchen Strömungen verfasste Konzept zu arbeiten. Zwar würden sehr viele Punkte angerissen, wie die Spannungsfelder Wachstum – Lebensqualität, Konsum – ökologische Sackgasse oder der Nord-Süd-Ausgleich, werden zudem neue Schlagwörter wie „Zeitwohlstand“ eingeführt, eine in sich stimmige Lösung oder Ansätze konnte er aber nicht erkennen. „Was will der Antrag eigentlich und wo sind die grünen Grundgedanken?“ war sein Fazit, das anschließend heiß diskutiert wurde.

Claudia Bosse stellte das Ergebnis der zweijährigen Kommission „Verhältnis Staat zur Religion“ vor. Ergebnisse und Forderungen: Entflechtung der finan-

ziellen und personellen Beziehungen; Schutz der positiven und negativen Freiheit (ich will Religion oder nicht!); wohlwollende Grundhaltung des Staates gegenüber allen Religionen und deren Gleichbehandlung; Ablösung der besonderen katholischen Rechte.

Johannes Becher stellte den Antrag auf Gründung einer Kommission oder Arbeitsgruppe auf Landesebene, die sich mit dem Thema „Stärkung des ländlichen Raums“ befasst.

Zur Landes-Delegiertenkonferenz in Würzburg (23./24. Oktober) werden Johannes Becher, Michael Stanglmaier, Claudia Bosse und Andrea Breu fahren. Den grünen Landkreis bei der Bundes-Delegiertentagung in Freiburg (19. bis 21.11.) vertritt Klaus Dieter Walter, unterstützt als „Ersatzmann“ von Robert Wäger.



Impressum:

Das Grüne Blatt

Informationen des Kreisverbandes
Freising von Bündnis 90 Die Grünen

V.i.S.d.M.R.: Klaus-Dieter Walter

Redaktion: Bert Brosch

Das nächste Grüne Blatt erscheint zum
Jahresende 2010, Infos & Texte bitte bis
spätestens 5. Dezember 2010 an:
bert.brosch@mnet-mail.de

